

April 2012

Freidenker

zwischen Havel und Oder



Eine Information des Brandenburgischen Freidenker-Verbandes e.V.



Liebe Leserin, lieber Leser,

am 24. März waren wir in der Fiebelkorn-Stiftung zu Gast und haben dort unseren Landesverbandstag abgehalten. Nach 3 Jahren war es an der Zeit Rechenschaft abzulegen. Unser kleiner Landesverband war stets aktiv; die Themenpalette der Potsdamer Runden war sehr vielsei-

Freidenker zwischen Havel und Oder

tig, von der Love-Parade über alternative Energien und Ernst Bloch bis zur Kirchenfinanzierung. Dank der Aktivitäten von Jens ist der Verband gut im Internet präsent und Andreas schickt wöchentlich das Wort zum Sonntag heraus. Leider helfen bei Infoständen immer nur dieselben wenigen Mitglieder, wie auch bei der Teilnahme an Veranstaltungen des Bundesverbandes und an Demonstrationen. Es wäre wünschenswert, wenn sich mehr Mitglieder auffinden könnten.

Der neu gewählte Vorstand ist der alte:

Vorsitzender ist Ralf Lux

Stellvertretender Vorsitzender ist Ulf Rassmann

Beisitzer ist Jens Oldenburg

Als Revisoren wurden gewählt: Karl Wild und Oliver Lenz

Unser Delegierter zum Verbandstag nach Nürnberg ist Andreas Krödel



Anschließend ging die Gruppe zur Baustelle der Garnisonkirche, wo Frank über die Verquickung von Kirche, Militarismus und Faschismus sprach und Romy ein Gedicht vortrug.

Stoppen wir die Wiedererrichtung eines militaristischen Symbols

Auszüge aus der Rede von Ralf Lux, Vorsitzender des Brandenburgischen Freidenker-Verbandes, anlässlich einer Kundgebung zum 79. Jahrestag des „Tages von Potsdam“ am Mahmal für die Opfer des Faschismus in Potsdam am 24.03.2012

Vor fast 280 Jahren, am 17. August 1732 wurde die „Königliche Hof- und Garnisonkirche zu Potsdam“ in Betrieb genommen und erhielt schon bald den Beinamen „Geisterhöhle“. Für das Volk war diese Kirche nicht gedacht. Sie war dem Hof und dem Militär vorbehalten.

Die „Militär-Kirche“ war das Exerziergelände aller preußischen Könige, wo allein ihre Vorstellungen und ihre Befehle galten. Sie ordneten an,

welche Siegesfeiern, Fahnenweihen, militärischen Gedenktage, Ordens- und Standarten-Verleihungen, mit militärischer Umrahmung ausgestattete Familienfeste, Trauerfeiern für verstorbene Majestäten, die Würdigung siegreicher Schlachten, die Einstimmung der Potsdamer Regimenter auf den nächsten Waffengang, welche Veranstaltungen („Gottesdienste“) der verschiedensten Art, die etwas mit Krieg und Kriegsdienst zu tun hatten (Vereidigungen beispielsweise), in der Exerzierhalle ihrer Kirche durchgeführt wurden. Das und die Furchterzeugung vor Gott und dem jeweiligen Herrscher waren die Funktionen dieser „Kirche“.

Ursprünglich errichtet auf Veranlassung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I. zu dem Zweck, "eine Versammlungshalle für die geistig-moralische Züchtigung der ‚Riesenkerle‘" zu sein, diente die Garnisonkirche in der Folgezeit zunehmend als Ausstellungshalle für die in verschiedenen Kriegen erbeuteten Trophäen. Fahnen und Standarten der Besiegten aus dem 2. Schlesischen Krieg, später aus den Napoleonischen Kriegen und noch viel später, in Wilhelminischer Zeit, aus dem, nun gesamt-großdeutsch errungenen Sieg über Frankreich, wurden im Altarraum zur Schau gestellt, um aller Welt die militärische Machtfülle und den Herrschaftsanspruch des Preußentums zu demonstrieren. In der Garnisonkirche wurden die großen Siegesfeiern, beispielsweise nach dem siegreichen Dänenfeldzug 1864 gefeiert, und mit dem Glockengeläut der Garnisonkirche wurden Soldaten in den Krieg, z. B. in den Ersten Weltkrieg, geschickt.

Die Garnisonkirche in Potsdam war Zeit ihrer Existenz also weniger eine harmlose Stätte des Glaubens als vielmehr ein Ort staatlicher Disziplinierung und Raum politischer Inszenierungen.

Die von Preußenschwärmern und Wiederaufbau-Verfechtern seit Jahren verbreitete Theorie, der „Tag von Potsdam“, der 21. März 1933, sei ein Missbrauch dieser „traditionsreichen Kirche“ gewesen, ist eine Legende. Vielmehr haben die Faschisten diesen „Ruhmestempel der Hohenzollern“ ganz der bisherigen Praxis entsprechend genutzt.

Es war kein Zufall, dass die Nazis beschlossen, gerade in der Garnisonkirche die Übergabe der politischen Macht an sie zu inszenieren, sondern es lag in der Logik der Tradition dieses Hauses. Beide, Hindenburg und Hitler, haben sich auf den „großen“ Friedrich berufen, das Stundengeläut „*Üb' immer Treu' und Redlichkeit, bis an dein kühles Grab, und weiche keinen Finger breit von Gottes Wegen ab.*“ wurde an diesem Tag dem Deutschlandsender als Pausenzeichen verordnet.

Freidenker zwischen Havel und Oder

Adolf Hitler äußerte 1933, nach dem Reichstagsbrand: "Es gibt kein höheres Symbol, als dass nach dem Verbrechen im Reichstag jetzt die nationale Regierung nach Potsdam geht, um an der Bahre des großen, unsterblichen Königs in der Garnisonkirche das neue Werk des deutschen Wiederaufbaus zu beginnen."

Die Stadt Potsdam war also bewusst ausgewählt worden. Sie sollte als ehemalige Residenzstadt der preußischen Könige Sinnbild eines glorifizierten Deutschlands früherer Tage sein, an welches das NS-Regime nun vorgab anknüpfen zu wollen. Der 21. März bot sich an, weil sich im Jahr 1871 an diesem Datum der erste Reichstag des deutschen Kaiserreichs konstituiert hatte.



Hitler konnte von einem bereits existierenden Symbolgehalt der Garnisonkirche ausgehen, der sich für eine öffentlichkeitswirksame, die faschistische Herrschaft legitimierende Zeremonie außerordentlich gut eignete. Diesen Symbolgehalt hatte und hat die Garnisonkirche, für alte wie für neue Nazis!

Die Wiederaufbaubefürworter versuchen nicht nur architektonisch, sondern auch historisch ausgerechnet bei den reaktio-

nären preußischen Traditionslinien Potsdams anzuknüpfen, die schon die Nazis trefflich zum Aufbau des Dritten Reiches nutzen konnten. Um den Wiederaufbau der Garnisonkirche nicht zu gefährden, wird der „Tag von Potsdam“ gewissermaßen als Ausrutscher gewertet, als Missbrauch des Gotteshauses durch die Nazis.

So schrieb z.B. Manfred Stolpe in einem Brief vom 23.02.2011 an den Vorsitzenden der Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche, Johann-Peter Bauer:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

immer wieder erlebe ich, wie der Tag von Potsdam 1933 gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche wirkt. Die Garnisonkirche wurde damals Ort einer schändlichen Nazi-Inszenierung, die deren Gegner als Befürworter darstellen sollte. Dieses Gift wirkt bis heute und hindert

Freidenker zwischen Havel und Oder

auch Wohlmeinende an einem tatkräftigen Bekenntnis für den Wiederaufbau.

Ich glaube, dass wir dieser vermeintlichen Nazi-Vergangenheit der Garnisonkirche offensiv mit dem Andenken an die tapferen Frauen und Männer des Hitler-Attentats vom 20. Juli 1944 begegnen müssen.“

Abgesehen davon, dass die Motive und Ziele der „Männer des 20. Juli“ (auf die der Widerstand im 3. Reich heute oft reduziert wird) nicht durchgehend von Friedensliebe und Völkerfreundschaft geprägt waren und abgesehen davon, dass es keinerlei Belege dafür gibt, dass ausgerechnet die Garnisonkirche ein Zentrum des Widerstandes war, übersehen Stolpe und andere Befürworter:

Die Potsdamer Garnisonkirche war bereits lange vor dem Tag von Potsdam am 21. März 1933, was sie noch heute ist: ein Symbol des militaristischen Staates Preußen, ein Symbol für Militarismus und Krieg. Preußen wurde nach der Kapitulation Deutschlands auf Vorschlag Frankreichs als eine Gefahr für Frieden und Demokratie qualifiziert und am 25.02.1946 durch ein Gesetz des Alliierten Kontrollrates aufgelöst. Wir sehen auch heute keine Veranlassung, diese Entscheidung in Frage zu stellen.

Deshalb muss der Wiederaufbau der Garnisonkirche mit allen Mittel verhindert werden.

Stoppen wir die Wiedererrichtung eines militaristischen Symbols, welches womöglich ein Wallfahrtsort für Kriegsverherrlicher und Rechtsextreme werden könnte.

Nie wieder Krieg - nie wieder Preußen - nie wieder Faschismus.

Ostermärsche 2012 in Potsdam und Berlin

Auch in diesem Jahr beteiligten sich die Freidenker aus Brandenburg an den Ostermärschen in Potsdam (31.03.2012) und Berlin (07.04.2012)

In Potsdam startete der Ostermarsch, wie in den vergangenen Jahren üblich, bereits eine Woche vor Ostern. Etwa 70 Demonstranten zogen bei nasskaltem Wetter vom Brandenburger Tor zum Deserteursdenkmal am Platz der Einheit. Dort sprach auch Rainer Thiel zu den Teilnehmern. Ein wesentliches Anliegen ist der Kampf um eine Arbeitszeit-

verkürzung, der endlich wieder von den Gewerkschaften aufgegriffen werden muß. Eine Verkürzung der Arbeitszeit bringt mehr Menschen in Arbeit und vermindert den Druck auf die, die noch Arbeit haben.

In Berlin kamen etwa 500 Menschen zusammen, die sich vom Potsdamer Platz aus auf den Weg machten, vorbei an den Büros der Rüstungskonzerne Rheinmetall, Kraus Maffei u.a. zum Brandenburger Tor.



Dort wurde die US-Botschaft mit einem 600 m langen Transparent für die Freilassung von Mumia Abu-Jamal umstellt.

Rainer Thiel:

Kombi von „Arbeitszeitverkürzung“ (30-Stunden-Woche als Vollzeit neuen Typs) und sog. „Grundeinkommen“. Partiiell im Gegensatz zum sog. „Bedinglosen Grundeinkommen“ bGE. Zu überwinden ist die Erwerbslosigkeit!

„Gezielte Sicherung in Würde!“

a) für Paare junger Leute zur Familiengründung und zur Kindererziehung (zum Beispiel 3 Jahre ab 4. Schwangerschaftsmonat). Nur für Frauen oder auch für Männer? Auch Männer sollen sich den Kindern widmen! Zugleich muss das Kita-System beträchtlich ausgebaut werden, denn auch mit guter Familien-Erziehung ist noch nicht sicher, dass Kinder **gemeinsam mit Ihregleichen** spielen und lernen.

b) für alle Bürger zum Beispiel ab 25. Lebensjahr zur **Fortbildung**; das dient der menschlichen Emanzipation und auch der Wirtschaft. Hilfen für Schulabbrecher oder für Praktikanten sind per bGE nicht zielführend, da müssen andere Hilfen kommen. Aber Sicherung etwa ab 25 ist besonders wichtig für gering Qualifizierte, die gegenwärtig aus der Ge-

sellschaft ausgeschlossen sind. Sie gewinnen Chancen zur Re-Sozialisierung, zur Freiheit von Langeweile. Die Kapazitäten für sinnvolle Qualifizierung müssen beträchtlich ausgebaut werden. Das Kulturniveau der Medien könnte steigen. Demagogie würde abgebaut. Zum Nachweis engagierter Teilnahme an Qualifikationen würde aller halben Jahre das Zertifikat einer Bildungseinrichtung genügen, einer Kammer oder eines Vereins.

c) **für Erwerbsfähige etwa ab 57. Lebensjahr**, um die teuflische Erhöhung des Renteneintrittsalters wirkungslos zu machen (Renteneintritt mit 57 statt mit 67!). Zugangsberechtigung: Personalausweis.

d) **für Bürger, die an gemeinnütziger Tätigkeit interessiert sind**, zu selbstbestimmter Nutzung ihrer Fähigkeiten im Sinne des Gemeinwohls. Nachweis kann geführt werden durch Bürgerinitiativen.

e) für Bürger **zur Pflege von Familienangehörigen und Nachbarn**, um finanziell gesichert zu sein gemäß dem Pflege-Aufwand. Zertifizierung durch Ärzte und Sozialarbeiter. Der Zertifizierungs-Aufwand ist gering. Häusliche Pflege wird im allgemeinen den üblichen Anstalten vorgezogen, ist effektiver und viel billiger.

Statt Pauschalisierung von Grundsicherung also **Differenzierung!** Dann passt das Grundeinkommen auf die Wirklichkeit. Alle fünf Versionen „Gezielte Sicherung in Würde“ lassen sich leicht verwalten. Vor allem: Alle fünf Versionen entsprechen Forderungen, die in der Öffentlichkeit, sogar in der Politik, ohnehin schon energisch erhoben werden. Es gibt ein starkes Potential von Verfechtern jeder Version, auch unter Politikern. Man muss beginnen, **Entwicklung** zu denken.

Zugleich könnte die Forderung „Mindestlohn“ verbunden werden mit der Forderung auf Entgeltausgleich bei Arbeitszeitverkürzung. Wird der Mindestlohn auf zehn Euro gehoben, hat man bei 30 Stunden-Woche 300 Euro. Gegenwärtig hat man bei 40 Stunden-Woche zu 6 Euro nur 240. In vier Wochen mit **30 Arbeits-Stunden** hätte man **1200 Euro statt 960**.

Ein Konzept zur Rettung der Perspektiven absturzgefährdeter Jugendlicher muss gesondert entwickelt werden.

Anmerkungen:

1. **Kontraproduktiv** ist, ein bGE wie Streusand zu verteilen. Statt zu pauschalisieren muss man die **Verschiedenartigkeit** der Empfänger **Freidenker** zwischen Havel und Oder

beachten: Für Besserverdienende ist es überflüssig, auch für deren Ehe-Partner. Für psychisch daniederliegende Langzeitarbeitslose ist es keine echte Hilfe: Der Weg in die Sozialisation und in die entrissene Menschenwürde wird ihnen kaum geebnet. Hilfe für die psychisch toten Langzeit-Erwerbslosen wären normale Erwerbs-Arbeitsplätze, frei geworden durch Arbeitszeitverkürzung! Schon die **gezielte** Sicherung würde den Langzeiterwerbslosen Wege aus der Sackgasse eröffnen.

2. Das bGE würde bei erhoffter Höhe gigantische Mittel erfordern, oder es könnte – um kurzfristig einführbar zu sein – nur in lächerlich geringer Höhe gezahlt werden: Die Höhe wäre so niedrig, dass sie weit unter ALG II liegen würde. Die Hartz-IV-Betroffenen wären noch schlechter gestellt. Doch die Besser-Verdienenden würden zu Lasten der Hartz-IV-Betroffenen ein Zusatz-Einkommen empfangen. Herr Ackermann würde sich dusslig lachen. Die Besserverdienenden könnten in Luxus-Läden und Drogerien noch mehr einkaufen. Doch wer bisher von Hartz-IV lebte, könnte nicht mal mehr Milch und Gemüse kaufen, von Honig ganz zu schweigen.

3. Angenommen, jede Person erhielte nach dem Streusand-Muster pro Jahr 10000 Euro. Bei ca. 80 Mio Bundesbürgern wären das 800 Milliarden Euro. Dann könnten nicht mal mehr die Schulen finanziert werden.

4. Das bGE wäre im Gegensatz zur gezielten Sicherung (zum gezielten Grundeinkommen) ein gewaltsamer Bruch in der menschlichen Geschichte mit ihren sittlichen Maßstäben: Statt diese Maßstäbe mit Blick auf die Schändlichkeit der Ausbeutung **zu stärken**, würden diese Maßstäbe verworfen, ohne die kapitalistische Ausbeutung auch nur anzukratzen. Ausbeutung besteht nicht darin, dass Erwerbsarbeit geleistet wird! Ausbeutung besteht darin, dass sich Eigentümer von Produktionsmitteln Mehr-Arbeit und Profit aneignen – so entwickeln sie auch **Macht über andere Menschen**. Sie halten das für sittlich. Pfui! Im Gegensatz dazu sind die **menschlichen** Maßstäbe der Sittlichkeit schon in der Urzeit entstanden. Sie dürfen nicht verleumdet werden, sie dürfen nicht neoliberal mit „Leistungszwang“ a la Agenda 2010 verwechselt werden. Das wäre zynisch oder einfach nur dumm. Dass seit der Urzeit *Herrschaft und Knechtschaft* entstanden sind, kann nicht durch Verzicht auf menschliche Sittlichkeit überwunden werden, sondern nur durch solidarisches Handeln der erwerbsfähigen Menschen und ihrer Jugend.

5. Im Zusammenhang mit 4) sind Irritationen zu überwinden: Spaßvögel sprechen vom „Recht auf Faulheit“. Doch sie haben von Paul Lafargue nur die provokante Überschrift gelesen, nicht den Text von Lafargue, in dem höchstens die ersten Seiten irritierend sind, bevor eindeutig die Hauptsache kommt. Aber Verfechter des bGE beriefen sich auf – die provokante Überschrift bei Lafargue. Da glaubte Müntefering kontern zu müssen: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Mein Freund Holdger Platta, selbst Hartz IV bis zum Renteneintritt, danach Fortsetzung seiner gemeinnützigen ehrenamtlichen Arbeit, schrieb dazu:

„Müntefering, der sozialdemokratische Parteichef, zog am 10. Mai des Jahres 2008 dann mit einer Interviewäußerung nach. In der ZEIT stand zu lesen, daß, wer nicht arbeite, auch nicht essen solle. Der praktizierende Katholik glaubte sich mit dieser Forderung nach dem Hungertod aller Zwangsarbeitslosen in der Bundesrepublik sogar durch die Bibel gedeckt – gedeckt durch den 2. Paulus-Brief an die Thessalonicher im Neuen Testament (siehe dort, Kapitel 3, Vers 10!). Münteferings Maxime also gleichsam mit göttlichen Weihen versehen? – Weit gefehlt! Erstens handelt es sich bei dieser zweiten Epistel des Apostel Paulus an die Thessalonicher um eine Fälschung – was ein praktizierender Katholik hätte wissen können. Zweitens hatte Müntefering aus dieser Fälschung falsch zitiert. Es heißt dort nicht: „Wer nicht arbeitet, soll nicht essen.“, sondern: „Wer nicht arbeiten will, der soll nicht essen.“ Was mehr als nur ein kleiner Unterschied ist – nämlich nichts weniger als der Unterschied zwischen Faulheit und unverschuldetem Untätigkeitszwang. Und drittens ist in diesem Bibelabschnitt nicht Lohnarbeit gemeint, sondern Gemeindearbeit, Gemeindearbeit in einer religiösen Kommune weitestgehend ohne Privateigentum (deswegen die Angewiesenheit aller auf die Mitarbeit aller).“ (© Holdger Platta.)

6. Manche Verfechter des bGE meinen, Menschen-Würde erfordere bGE. Doch was Würde ist, **entwickelt sich vom Baby zum Erwachsenen**. Babys in Windeln sind auf die Erwachsenen angewiesen. Zurecht ist auch Kinder-Arbeit verboten. Für Kinder müssen die Erwachsenen sorgen. Also ist vom würdevollen Leben eines Erwachsenen mehr gefordert als vom Wickelkind. Mit andren Worten: Die Würde des Erwachsenen darf nicht auf die Würde des Wickelkindes abgeschmolzen werden.

7. Alles andere würde heißen, den Erwerbsfähigen in den Rücken zu fallen und die Arbeiterklasse zu spalten.

8. Solidarische Überwindung der Erwerbslosigkeit ist nicht nur Überwindung von Hartz IV. Überwindung der Erwerbslosigkeit ist auch der Schlüssel zur Lösung aller ökologischen Probleme: Als heuchlerisch ist die kapitalistische Ideologie zu entlarven, man müsse umweltwidrige Wirtschaft weiterführen, **angeblich**, um Arbeitsplätze zu erhalten. Als in der DDR der Steinkohlenbergbau zu Ende ging, bekamen die Kumpels Arbeitsplätze im Wohnungsbau.

Datei: Grundeinkommen gezielt in Würde 2009.doc, **Stand 14. Juli 2011**

Rainer Thiel, www.thiel-dialektik.de, dort Publikationsfeld 8 (seit 2002)

Demonstration für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal

21.04.2012 Start: 16:00 Uhr ab Rosa-Luxemburg-Platz

Seit mehreren Jahrzehnten wandelt sich die US-Gesellschaft in eine Gefängnisnation. Ein Viertel aller weltweit inhaftierten Menschen sitzt laut UNO in den USA ein - 2,5 Millionen Gefangene. Dazu kommen noch etwa doppelt so viele, die in anderer Form unter der Kontrolle der Justiz stehen. Diese Größenordnung hat historisch kaum Parallelen. Es gibt derzeit auf der Welt auch keinen Vergleich, was das Einsperren der eigenen Bevölkerung angeht - weder in realen Zahlen, noch im statistischen Verhältnis zur eigenen Bevölkerungsgröße. 2,5 Millionen Gefangene - überwiegend People Of Color - erwirtschaften in der US-Gefängnisindustrie enorme Gewinne unter Zwangsarbeit. Seit 2011 arbeiten erstmals mehr Afroamerikaner_innen in dieser Zwangsindustrie als 1865 - dem Jahr der offiziellen Abschaffung der Sklaverei. Der Großteil der US-amerikanischen Gefängnispopulation ist durch Herkunft und Armut gekennzeichnet – nicht-weiße Menschen werden überproportional eingesperrt, meist für Eigentumsdelikte die in direktem Zusammenhang mit sozialer Ausgrenzung und Armut stehen. Noch immer werden hunderte Gefangene aus den Bürgerrechtskämpfen der 60er und 70er Jahre festgehalten und hunderttausende Gefangene in den USA leben zum Teil Jahrzehnte unter Isolationshaft-Bedingungen, die international als Folter gekennzeichnet sind.

Freidenker zwischen Havel und Oder

Es ist kein Zufall, dass Sozialabbau, Lohnsenkungen und so genannte Kriminalitätsdiskurse gleichzeitig ablaufen: bietet es den Herrschenden doch die Möglichkeit, sich jeder sozialen Verantwortung zu entledigen und gleichzeitig die Gewinne für Konzerne zu erhöhen. Nur dadurch ist das Entstehen der Gefängnisnation in den USA innerhalb weniger Jahrzehnte zu erklären. Wenn wir uns dem hier nicht entschlossen entgegen stellen, wird es für viele von uns in den kommenden Jahren ähnlich aussehen, wie für das ausgeschlossene Drittel der USA: ein Leben unter permanenter Bedrohung des Freiheitsentzuges unter zementierter Armut. Nicht von ungefähr macht dieses Modell der Ausbeutung von Gefangenen und der gleichzeitigen rassistischen Abschottung auch in anderen Ländern Schule. Während rund um die EU täglich Menschen bei dem Versuch der Einreise durch das brutale FRONTEx Regime sterben, beginnt auch hier die industrielle Ausbeutung von Gefangenen einhergehend mit der Privatisierung der Gefängnisse. Zwar steht die BRD noch ganz am Anfang dieser Entwicklung, aber die ersten Knäste unter privater Leitung (bei gleichzeitig überwiegend öffentlicher Finanzierung) sind bereits in Betrieb. Das Abschöpfen der Gewinne durch die privaten Betreiber folgt hier derselben neo-liberalen Logik wie in allen anderen Bereichen, in denen Konzerne ehemals staatlich-gesellschaftliche Bereiche übernommen haben. Für Widerstand haben wir in Europa derzeit jedoch etwas bessere Voraussetzungen. Wir sind nicht von der gesetzlich geregelten Todesstrafe bedroht. Zwar töten Justiz und Polizei auch hier regelmäßig Menschen, müssen das aber noch immer vertuschen oder offiziell ignorieren. In den USA hingegen steht die Todesstrafe als direkte Bedrohung gegen alle, die nicht am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben können. Das ist immer hin ein Drittel der Bevölkerung. Während es statistisch bewiesen ist, dass Staatsanwälte und Jurys die Todesstrafe ungleich häufiger gegen People Of Color fordern und durchsetzen, haben alle zum Tode Verurteilten eines gemeinsam: sie alle können sich keine qualifizierte Verteidiger

Freidenker zwischen Havel und Oder



gung leisten und bleiben aufgrund der Gesetzeslage nach ihrer Verurteilung völlig chancenlos, selbst bei erwiesener Unschuld freizukommen. Nicht nur Armut und ethnische Herkunft, auch politisches Handeln rückt Menschen ins Visier der Justiz. Hunderte Gefangene der Bürgerrechtsbewegungen sitzen seit Jahrzehnten in Haft. Immer wieder müssen Aktivist_innen, ob Umweltschützer_innen, Globalisierungskritiker_innen oder Occupiers mit Gewalt und Repression als Antwort auf ihr Engagement rechnen. Gefängnisindustrie, Todesstrafe und politische Repression sind keine Randthemen – sie stehen einer Gesellschaft entgegen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung, aber FÜR soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde einsetzen. Teil dieser Bewegung, damals wie heute, ist der afroamerikanische Journalist Mumia Abu-Jamal. Als ehemaliger Pressesprecher der Black Panther Partei in Philadelphia wurde er in einem Schauprozess 1982 zum Tode verurteilt. Er überlebte seine versuchte Ermordung bei der Verhaftung sowie mehrere Versuche des Staates, ihn hinzurichten, weil die weltweite Empörung über dieses Unrechtsurteil immer wieder starke Proteste hervorrief. Amnesty International stufte sein Verfahren als „Bruch internationaler Mindeststandards für faire Verfahren“ ein und forderte eine Neuverhandlung - etwas, wovor alle Beteiligten auf der Anklage-seite große Angst haben. 2011 bestätigte dann sogar der Oberste Gerichtshof der USA, dass Mumias Verurteilung zum Tode ein Bruch seiner verfassungsmäßigen Rechte ist, hielt aber gleichzeitig den Schuldspruch aufrecht. Diese Logik entzieht sich allen, die dieses Verfahren genauer verfolgt haben. Als Akt der „Gnade“ will es diese Justiz nun verstanden wissen, den ehemaligen Black Panther nach über 30 Jahren Todestrakt für den Rest seines Lebens im Gefängnis festzuhalten. Am 24. April 2012 wird Mumia voraussichtlich zum 30. Mal seinen Geburtstag in Haft verbringen.

Es reicht! In Washington D.C. werden am 24. April 2012 Menschen als Akt des zivilen Ungehorsams das Justiz-Ministerium besetzen. Sie fordern: **FREE MUMIA ABU-JAMAL! STOP THE PRISON NATION!** In Berlin rufen wir alle auf, am Samstag, den 21. April für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal auf die Straße zu gehen.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Stop the Prison Nation - weg mit der Gefängnisindustrie!

Abschaffung der Todesstrafe überall!

Freilassung der politischen Langzeitgefangenen in den USA!

www.freiheit-fuer-mumia.de | www.mumia-hoerbuch.de

Was gesagt werden muß

"Warum schweige ich, verschweige zu lange,
was offensichtlich ist und in Planspielen
geübt wurde, an deren Ende als Überlebende
wir allenfalls Fußnoten sind.

Es ist das behauptete Recht auf den Erstschlag,
der das von einem Maulhelden unterjochte
und zum organisierten Jubel gelenkte
iranische Volk auslöschen könnte,
weil in dessen Machtbereich der Bau
einer Atombombe vermutet wird.

Doch warum untersage ich mir,
jenes andere Land beim Namen zu nennen,
in dem seit Jahren - wenn auch geheimgehalten -
ein wachsend nukleares Potential verfügbar
aber außer Kontrolle, weil keiner Prüfung
zugänglich ist?

Das allgemeine Verschweigen dieses Tatbestandes,
dem sich mein Schweigen untergeordnet hat,
empfinde ich als belastende Lüge
und Zwang, der Strafe in Aussicht stellt,
sobald er missachtet wird;
das Verdikt "Antisemitismus" ist geläufig.

Jetzt aber, weil aus meinem Land,
das von ureigenen Verbrechen,
die ohne Vergleich sind,
Mal um Mal eingeholt und zur Rede gestellt wird,
wiederum und rein geschäftsmäßig, wenn auch
mit flinker Lippe als Wiedergutmachung deklariert,
ein weiteres U-Boot nach Israel
geliefert werden soll, dessen Spezialität
darin besteht, allesvernichtende Sprengköpfe
dorthin lenken zu können, wo die Existenz
einer einzigen Atombombe unbewiesen ist,
doch als Befürchtung von Beweiskraft sein will,
sage ich, was gesagt werden muss.

Freidenker zwischen Havel und Oder

Warum aber schwieg ich bislang?
Weil ich meinte, meine Herkunft,
die von nie zu tilgendem Makel behaftet ist,
verbiete, diese Tatsache als ausgesprochene Wahrheit
dem Land Israel, dem ich verbunden bin
und bleiben will, zuzumuten.

Warum sage ich jetzt erst,
gealtert und mit letzter Tinte:
Die Atommacht Israel gefährdet
den ohnehin brüchigen Weltfrieden?
Weil gesagt werden muss,
was schon morgen zu spät sein könnte;
auch weil wir - als Deutsche belastet genug -
Zulieferer eines Verbrechens werden könnten,
das voraussehbar ist, weshalb unsere Mitschuld
durch keine der üblichen Ausreden
zu tilgen wäre.

Und zugegeben: ich schweige nicht mehr,
weil ich der Heuchelei des Westens
überdrüssig bin; zudem ist zu hoffen,
es mögen sich viele vom Schweigen befreien,
den Verursacher der erkennbaren Gefahr
zum Verzicht auf Gewalt auffordern und
gleichfalls darauf bestehen,
dass eine unbehinderte und permanente Kontrolle
des israelischen atomaren Potentials
und der iranischen Atomanlagen
durch eine internationale Instanz
von den Regierungen beider Länder zugelassen wird.

Nur so ist allen, den Israelis und Palästinensern,
mehr noch, allen Menschen, die in dieser
vom Wahn okkupierten Region
dicht bei dicht verfeindet leben
und letztlich auch uns zu helfen."

Günter Grass

Unsere nächsten Veranstaltungen

1. Mai: Beteiligt Euch an den lokalen Demonstrationenzügen. Infostand der FREIDENKER auf dem Luisenplatz, Wer kann mit helfen kommen?

03. Mai: Potsdamer Runde ab 19.00 Uhr im Mandarin (Bäckerstr. Ecke Lindenstr. in Potsdam)

„**Bedingungsloses Grundeinkommen**“, Referent noch offen, (siehe dazu den Beitrag von Rainer Thiel auf Seite 6)

19. Mai, 14:00 Uhr: Film "**Verfluchter Frühling**"
Norbert-Fiebelkorn-Stiftung, Potsdam, Hessestraße 19
(Tram von Potsdam Hbf. bis Puschkinallee)

Gemeinsam mit dem Potsdamer Rotfuchs Förderverein, dem Berliner- und Brandenburger Freidenker-Verband, DIE LINKE.Potsdam und der Kommunistischen Plattform zeigen wir den Film von **Fulvio Grimaldi** in deutscher Sprache. Grimaldi war während der Bombardierung durch die NATO in Libyen und hat diese sensationellen Aufnahmen mitgebracht.



Dieser Film wird im Raum Brandenburg - Berlin zum ersten Mal gezeigt. Wir wollen über die vergangenen und kommenden NATO-Aggressionen und Regime-Change-Operationen diskutieren.

► Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien?, Iran? Russland? China? ◀
Was können wir tun?

An alle Menschen auf der Welt: Euer Schweigen heißt ja!!

01.-03. Juni: Verbandstag des Deutschen FreiDenkerverbandes in der Villa Leon in Nürnberg. Wie üblich wird es den Bericht des Vorstandsvorsitzenden, einen Finanzbericht und Revisionsbericht geben. Zu den Anträgen, die beraten und beschlossen werden sollen, gehört eine Satzungsänderung und eine neue Beitragsordnung.

Stimmberechtigt vertreten ist unser Landesverband durch Andreas Krödel, Ralf Lux und Ulf Rassmann

07. Juni: Potsdamer Runde ab 19.00 Uhr im Mandarin (Bäckerstr. Ecke Lindenstr. in Potsdam)

„**entwicklungsrespektierendes Denken**“, Referent Rainer Thiel

15.-17. Juni linker Liedersommer für eine solidarische Welt – gegen Ausbeutung und Krieg
auf Burg Waldeck/Hunsrück, Rheinland-Pfalz

mit Kai Degenhardt, Johanna Arndt, Reinhard Frankl, Nümmes, Jane Zahn, Michael Letz, Romina Tabor und Daniel Osario (Chile), Erich Schmeckenbecher (Zupfgeigenhansel), Sonja Gottlieb, Ernst Schwarz, Dieter Dehm, Jelly Toast (Reggae und Ska), Bernd Barbe



Nümmes in Aktion auf einer Demo gegen faschistische Aufmärsche und das sächsische Versammlungsgesetz

Kosten und nähere Bedingungen: www.rheinland-pfalz-saarland.freidenker.org
Anmeldung: dfv-rps@t-online.de

24. Juni: Sommersonnenwende in Buckow, Treffen um **12:00 Uhr** auf dem Parkplatz am **Brecht-Weigel-Haus**. Bringt bitte Picknick mit. Wir wandern um die Ortslage Buckow und kommen dabei am Eiszeitpark, wo man einiges über die Entstehung der Landschaft erfährt, dem Kleinbahnmuseum und dem sowjetischen Ehrenmahl vorbei. Der Rundkurs ist 5,5 km lang und mit Rollstuhl befahrbar. Aufstiege zur Ferdinandshöhe, Luisenhöhe und Schlossberg werden mit Ausblicken belohnt. Zahlreiche Picknickplätze sind vorhanden. Um **16.00 Uhr** sind für uns Plätze im Brecht-Weigel-Haus reserviert, **Johanna Arndt** eröffnet die Interpretationswerkstatt mit ihrem „**Programm zum 50. Todestag von Hanns Eisler**“

05. Juli: Potsdamer Runde ab 19.00 Uhr im Mandarin (Bäckerstr. Ecke Lindenstr. in Potsdam)

Entwicklung auf Kuba, Reisebericht von Jeanette und Ulf Rassma

Brandenburgischer Freidenker-Verband e.V.

Konto 3503 3158 10, BLZ 160 500 00

bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam

Ralf Lux, Willy-A.-Kleinau-Weg 28, 14480 Potsdam, Telefon (0331) 610565

Ulf Rassmann, Fürstenwalder Weg 30, 15711 Königs Wusterhausen

Jens Oldenburg, Kantstr. 29, 14471 Potsdam, Telefon (0174) 4605047

E-Mail vorstand@brandenburger-freidenker.de

Web <http://www.brandenburger-freidenker.de>